



Foto: 123rf/pixelaway



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 16. Februar 2017

72. Jahrgang/Nr. 40

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Ein Ende, das absehbar war

Roland Etsel zum Abschied der USA von der Zwei-Staaten-Lösung

Der Abschied der US-Politik vom Streben nach einer Zwei-Staaten-Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt stellt eine Zäsur in der Nahostdiplomatie dar. Und ist doch nur der Schlusstrich unter eine Phase internationaler politischer Aktivitäten, die über die längst zum Stillstand gekommenen Bemühungen hinwegtäuschen sollten.

Der sogenannte Friedensprozess war schon während der letzten zwei Jahre Obama-Regierung klinisch tot, die Tür zu einem tatsächlichen Dialog allenfalls noch einen Spalt weit geöffnet. Dass sie unter Nachfolger Trump nicht offen gehalten wird, entspricht seinen Ankündigungen; dass sie dabei nicht sanft geschlossen, sondern quasi per Fußtritt zugeschlagen wird, seinem Politikstil.

Die israelische Regierung hatte übrigens schon im Dezember erklärt, dass sie Verhandlungen über einen palästinensischen Staat nicht mehr führen werde. Die internationalen Proteste hielten sich damals sehr in Grenzen. Insofern ist das Klagen in Westeuropa über Trumps harten Ausstieg nicht besonders ernstzunehmen.

Die Rest-EU ist vor allem verärgert, weil sie sich nun vor der Aufgabe sieht, eine eigene Nahostpolitik zu formulieren, nachdem ihr Trump die zu nichts verpflichtende Alibi-formel Zwei-Staaten-Lösung kaputtgemacht hat – eine Aufgabe, die die EU in ihrem jetzigen Zustand nicht bewältigen wird. Nahostpolitisch hatte es sich Westeuropa bisher als Anhängsel der USA bequem gemacht. Damit ist es vorbei.

UNTEN LINKS

Das Parlament im US-Bundesstaat Illinois hat zur Ertüchtigung seiner Bürger gegen Naturkatastrophen den nächsten Oktober zum Monat gegen **Zombies** ausgerufen. Untote scheinen in dieser Region eine überdurchschnittliche Bedrohung darzustellen, was zu der Frage führt, ob der Zombie anderswo vielleicht nur unterschätzt wird. So abwegig ist der Gedanke nicht; in unseren Breiten ist mit dem Wolf auch gerade eine Gestalt aus dem Reich der Märchen und Mythen heimgekehrt. Nun plötzlich scheint es nicht übertrieben, sich einen gewissen Vorrat an Wackersteinen bereitzulegen, um für alle Fälle gewappnet zu sein. Bei den Gebrüdern Grimm ist nachzulesen, dass gegen den Wolf überdies Schere, Nadel, Faden und ein Brunnen nützlich sind. Wie man sich beim Besuch von Untoten verhält, findet man dort allerdings nicht, weshalb man allen braven Bürgern der USA nur den einen guten Rat geben kann: bei der nächsten Präsidentschaftswahl lieber kein solches Risiko einzugehen. uka

ISSN 0323-3375



CETA ist Realität

Mehrheit im EU-Parlament stimmt für Freihandelsabkommen mit Kanada



Foto: Reuters/Francois Lenoir

Straßburg. Nach sieben Verhandlungsjahren ist auf europäischer Ebene die letzte Hürde genommen – das Freihandelsabkommen mit Kanada kann teilweise und vorläufig in Kraft treten. Am Mittag hatten sich die EU-Abgeordneten nach einer teils hitzigen Debatte mehrheitlich für CETA ausgesprochen.

Begleitet wurde die Abstimmung von Protesten, bereits am frühen Morgen hatten Gegner die Eingänge zum Parlament blockiert und die Abgeordneten aufgefordert, mit Nein zu stimmen. Sie kritisieren die negativen Folgen des Freihandels für den Verbraucherschutz sowie für Sozial- und Umweltstandards.

Neben Linken, Grünen und einzelnen Sozialdemokraten haben auch nationalistische Kräfte CETA scharf kritisiert. Marine Le Pen (Front National) drohte, dass sie das Abkommen nach der Präsidentschaftswahl in Frankreich im April rückgängig machen werde.

EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström warb im Parlament hingegen erneut für CETA. Nach der Abstimmung zeigte sie sich gemeinsam mit Kanadas Handelsminister, François-Philippe Champagne, erleichtert.

Mit der Zustimmung gelten die Teile des Vertrags, für die die EU alleine zuständig ist, voraussichtlich ab April vorläufig. Für ein end-

gültiges Inkrafttreten müssen noch die Parlamente der Mitgliedsstaaten zustimmen.

In Deutschland forderten Gewerkschaften, Umweltverbände und Verbraucherschützer Nachbesserungen. »Die Vereinbarung nützt weiter überproportional Investoren und schützt Beschäftigte nicht vor einem unfairen Wettbewerb.« Die bisherigen Zusätze könnten verbindliche Regelungen nicht ersetzen, sagte der IG-BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger.

Nicht abstimmen dürfen die Menschen in Bayern. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof lehnte ebenfalls am Mittwoch den Antrag auf ein Volksbegehren ab. had Seiten 4 und 17

Kabinett beschließt Rentenangleichung

Der Rentenwert Ost soll auf Westniveau steigen, die Hochwertung der Löhne im Gegenzug wegfallen

Das Bundeskabinett einigte sich am Mittwoch auf eine Angleichung der Ostrenten bis 2025. Die Reform ist teuer erkauft, weil das Lohngefälle dann nicht mehr berücksichtigt wird.

Von Fabian Lambeck

Kinder, wie die Zeit vergeht! Am 3. Oktober 1990 trat die DDR offiziell der BRD bei und am gestrigen 15. Februar 2017 beschloss das Bundeskabinett die volle Rentenangleichung. »Fast 30 Jahre nach dem Mauerfall wird nun auch in der Rente die Einheit vollendet«, hieß es am Mittwoch aus dem Kabinett. Allerdings ist das nicht ganz korrekt. Die Angleichung soll vielmehr stufenweise erfolgen – erst 2025 soll der Rentenwert Ost das höhere Westniveau erreichen. Für die sechs Millionen Beschäftigten im Osten ist das nicht nur ein Grund zur Freude, denn die oftmals niedrigeren Ost-Löhne werden ab 2025 nicht mehr hochge-

wertet«, wie Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) am Mittwoch erklärte. Offiziell beträgt der Durchschnittslohn-Ost derzeit 87 Prozent des Westniveaus, in vielen Branchen beläuft sich der Unterschied aber auf mehr als 20 Prozent. Bislang wurden die Gehälter für die Rentenberechnung mit Hilfe eines Umrechnungsfaktors aufgewertet. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte im Oktober 2016 klargestellt, dass es eine Anhebung »ohne einen Verzicht auf die Höherwertung« nicht geben werde.

Die Angleichung soll in sieben Schritten erfolgen. In einem ersten Schritt wird der Rentenwert Ost im Juli 2018 auf 95,8 Prozent steigen – im Juli 2024 sollen es dann 100 Prozent sein. Parallel dazu wird die Höherwertung zurückgefahren und 2025 ganz gestrichen.

Die Ost-Koordinatorin der Linksfraktion, Susanna Karawanskij, bezeichnete die Reform

gegenüber »nd« als »Aufforderung zum Abwandern.« »Welche jungen Leute wollen denn noch in Ostdeutschland arbeiten, wenn sie dort viel niedrigere Löhne und später auch noch Mini-Renten bekommen?«, so Karawanskij. Der

»Dieses Gesetz ist eine Aufforderung zum Abwandern.«

Susanna Karawanskij, LINKE

Bundestagsfraktionschef der LINKEN, Dietmar Bartsch, forderte »eine sofortige Angleichung der Rentenwerte und ein Festhalten an der Umrechnung der ostdeutschen Löhne – bis wir endlich gleichwertige Lebensverhältnisse hergestellt haben.«

Kritik kam auch von Ostdeutschlands größtem Sozialver-

band, der Volkssolidarität. Verbandspräsident Wolfram Friedersdorff monierte, »dass bis 2022 allein die Rentenversicherung für die Angleichung aufkommen soll und auch danach höchstens die Hälfte der erforderlichen Aufwendungen aus Bundesmitteln bestritten wird.« Tatsächlich soll der Bundeszuschuss erst 2022 um jährlich 200 Millionen Euro erhöht werden und 2025 dauerhaft zwei Milliarden Euro betragen. Da die erwarteten Gesamtkosten laut Bundesarbeitsministerium ab 2025 bei 3,9 Milliarden Euro pro Jahr liegen werden, kann der Bundeszuschuss nur »die Hälfte der jährlichen Mehrausgaben decken«, so das Ministerium.

Ein Sprecher der Deutschen Rentenversicherung forderte am Mittwoch Nachbesserungen. Andernfalls würden »die Beitragszahler und Rentner damit zur Finanzierung einer weiteren gesamtgesellschaftlichen Aufgabe herangezogen.«

USA revidieren ihre Nahostpolitik

Abkehr von Zwei-Staaten-Lösung

Washington. Die US-Regierung besteht nach Angaben eines ranghohen Vertreters des Weißen Hauses nicht mehr auf einer Zwei-Staaten-Lösung im Nahostkonflikt. Das Weiße Haus werde die Bedingungen für einen möglichen Friedensschluss zwischen Israel und den Palästinensern nicht länger vorgeben, sagte der Vertreter, der nicht namentlich genannt werden wollte, am Dienstag. Die US-Regierung werde das unterstützen, was die Konfliktparteien vereinbaren. Die Aussage erfolgte einen Tag vor den Gesprächen des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu mit US-Präsident Donald Trump am Mittwoch im Weißen Haus.

Die palästinensische Seite reagierte darauf mit Kritik. Dies sei »keine verantwortungsvolle Politik«, sagte Hanan Aschrawi, Mitglied des Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Der Sprecher der Bundesregierung, Steffen Seibert, sagte am Mittwoch in Berlin, für Deutschland blieben die »Bemühungen um eine Zwei-Staaten-Lösung der Grundpfeiler« der Nahostpolitik. AFP/nd Seite 7

Maritim-Hotelkette schließt AfD aus

In Zukunft keine Tagungsräume mehr Parteitag kann aber noch stattfinden

Bad Salzflufen. Die Maritim Hotelkette will der AfD künftig keine Tagungsräume mehr zur Verfügung stellen. Die Proteste gegen den bevorstehenden Bundesparteitag der Partei im Kölner Maritim Hotel hätten das Unternehmen veranlasst, »sich deutlich von der aktuellen politischen Ausrichtung und Gesinnung der AfD zu distanzieren«, teilte die Hotelkette am Dienstag mit. »Deshalb werden die Maritim Hotels gegenwärtig keine weiteren Räumlichkeiten an die AfD vergeben.«

Der Parteitag wird aber wohl im Kölner Maritim stattfinden. Die Hotelkette habe der AfD angeboten, kostenfrei aus dem Vertrag zurückzutreten – davon sei »bedauerlicherweise« kein Gebrauch gemacht worden, sagte Geschäftsführer Gerd Prochaska. »Nach eingehender juristischer Prüfung ist ein Zurücktreten seitens Maritim leider nicht möglich.«

Das Unternehmen hatte dem Thüringer AfD-Landeschef Björn Höcke zuvor ein Hausverbot für alle seine Hotels erteilt – und damit auch für den Bundesparteitag in Köln. dpa/nd Seite 3

Lufthansa-Piloten erhalten mehr Geld

Kabinengewerkschaft: Ergebnis der Schlichtung ist »Super-GAU«

Frankfurt am Main. Lufthansa und die Vereinigung Cockpit (VC) haben sich nach jahrelangem Streit auf eine Erhöhung der Pilotengehälter von 8,7 Prozent geeinigt. Die Einigung geht zurück auf eine Empfehlung des Schlichters Gunter Pleuger. Der neue Vergütungstarifvertrag läuft bis Ende 2019. Er gilt für rund 5400 Pilotinnen der Lufthansa, Luftnase Cargo und Germanwings. Die Beschäftigten erhalten laut VC rückwirkend für gut siebeneinhalb Jahre 1,2 Prozent pro Jahr und eine Einmalzahlung in Höhe eines halben Monatslohnes – 5000 bis 6000 Euro pro Person.

Lufthansa kompensiert die nach Konzernangaben rund 85 Millionen Euro Mehrkosten damit, dass die Besatzungen von 40 neuen Maschinen außerordentlich bezahlt werden sollen. Die Flugbegleitergewerkschaft UFO sprach von einem »Super-GAU«. An der Ankündigung, Arbeitsplätze aus dem Konzerntarifvertrag auszulagern, hingen tausende Arbeitsplätze am Boden und in der Kabine.

Den Streit um die Betriebsrente der Piloten berührt der neue Abschluss nicht. jme